

events

bpv feiert erfolgreichen Start

Seit neun Monaten betreibt bpv Legal – in Österreich durch bpv Hügel in Wien vertreten – nun auch ein eigenes Büro in Bratislava. bpv Braun feierte den erfolgreichen Start der Kanzlei mit rund 100 Gästen auf der Burg in Bratislava. In diesen neun Monaten wurden zahlreiche Projekte im Bereich erneuerbare Energien sowie der Kauf der Vacuumschmelze an Land gezogen.



A. Braun (l.) mit bpv-Anwälten und C. Reiber (Hornbach) (2. v. r.).

Mehr Platz für Haslinger/Nagele

„Wir haben endlich mehr Platz.“ Mit diesen befreienden Worten laden die Anwälte von Haslinger/Nagele nächsten Dienstag zur Einweihungsfeier ihrer neuen Kanzleiräumlichkeiten in die Wiener Mülker Bastei 5. Für die rund 30 Mitarbeiter war das Büro Am Hof zuletzt zu klein geworden. Die kulinarische Unternehmung des Fests kommt von „ella's“, die musikalische von „The Garlands“.



KONTRAHENTEN. Anwalt Böhmendorfer (l.) will eine Sonderprüfung. Sein Kollege Prochaska ist dagegen.

Anwalts-Duell um Buy-Out

Den Aktionären der Beteiligungsgesellschaft Buy-Out Central Europe II ist am 10. 11. ein spannendes Match sicher. An dem Tag findet eine außerordentliche Hauptversammlung statt, auf der Anwalt Dieter Böhmendorfer für von ihm vertretene Aktionäre eine Sonderprüfung beantragen will. Die Buy-Out-Manager rund um Kurt Stiassny und Michael Tojner hätten in den letzten vier Jahren (15 Millionen Euro) zu viel verdient und zu wenig geleistet, so der Vorwurf. Böhmendorfers Gegenüber auf der Versammlung ist Anwalt Stefan Prochaska, der in der Buy-Out kürzlich das Ruder von Stiassny übernommen hat. Er hat ein Konzept ausarbeiten lassen, das die Gebühren an die Managementgesellschaft stark reduziert. Diese würden in voller Höhe nur fällig, wenn alle drei verbleibenden Beteiligungen der Buy-Out – darunter Austria Email – über Buchwert verkauft würden. Prochaska ist zuversichtlich, dass die Aktionäre das goutieren und der Antrag auf Sonderprüfung nicht durchgeht. „Der Antrag ist völlig ohne Substanz. Böhmendorfer ist gar nicht an einem inhaltlichen Dialog interessiert“, glaubt er. Zehn Prozent des Kapitals wären für diesen Antrag nötig, Böhmendorfer hat aber nur sechs Prozent hinter sich vereint. Als Sonderprüfer wünscht er sich Thomas Havranek, der im Fall Meinel nicht gerade gegläntzt hat.

Siemens-Rentner blitzen ab

150 Siemens-Betriebspensionisten haben kürzlich beim OLG Wien eine Niederlage erlebt. Das Gericht sah Zusagen über eine garantierte Pensionshöhe nicht als rechtlich bindend an. Die Siemensianer wurden von Roland Gerlach vertreten, der auch WKO-Pensionisten berät.

Warnung vor Polit-Einfluss

Justizvertreter warnen angesichts der Umgestaltung der Verwaltungsgerichte vor wachsendem Einfluss der Politiker. Es dürfe nicht sein, dass sich jeder Landeshauptmann und jedes Ressort seine eigene Gerichtsbarkeit schnitzte, mahnt Richtervertreter Klaus Schröder.

Neue Kanzlei berät Millionendeal

Guter Start für Spin-off. Das niederösterreichische Unternehmen List Components wird für Lufthansa in Zukunft VIP-Flugzeuge ausstatten. Der Deal soll den Niederösterreichern einen dreistelligen Millionenbetrag sichern. Beraten wurde List dabei von Grama Schwaighofer Vondrak, einer neuen Wiener Anwaltskanzlei.



BERND GRAMA. Der Anwalt hat List Components erfolgreich beraten.

personalities der woche



Jarred Pinkston, 32, wurde von DBJ als Of Counsel aufgenommen. Der Schiedsrechtsexperte ist als Anwalt in New York, New Jersey und England zugelassen.



Anna-Maria Freiberger, 43, Anwältin und Mediatorin, hat die rechtliche Vertretung von Peter Hochegger übernommen, der zuvor von Gerald Ganzger betreut wurde.



Jörg Zehetner, 42, Partner bei KWR, wird diese Woche von der Uni Salzburg der Titel „Honorarprofessor“ verliehen. Seine Antrittsvorlesung: Die Haftung des Abschlussprüfers.

ticker die newflashes der woche

+++ Scheidungen. In Malta sind seit Anfang Oktober Scheidungen möglich. Bereits 92 Anträge auf Scheidung sind bei den dortigen Gerichten eingegangen. **+++ Amtshaftung.** Zwei von den Testamentsfälschungen in Vorarlberg Betroffene wollen die Republik auf Schadenersatz klagen.